LEOPOLDINUM PASSAU

Grundwissen Geschichte 10. Jahrgangsstufe

Die folgende Aufstellung enthält das Grundwissen im Fach Geschichte für die 10. Jahrgangsstufe sowohl in knapper tabellarischer Übersicht wie auch als ausführliche Darstellung zum besseren Verständnis der Zusammenhänge.
Alle **fett gedruckten Begriffe** stammen aus dem Grundwissenskatalog des Lehrplans und können jederzeit abgefragt werden.

Jahreszahlen / Ereignisse	Definition
1961/62 Kuba-Krise	Die **Kubakrise** war eine äußerst ernste Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg, mit Kuba im Zentrum des Geschehens. Mit der Kubakrise erreichte der Kalte Krieg eine neue Qualität, da die Sowjetunion atomar bestückbare Waffensysteme auf einem Gebiet außerhalb des Warschauer Paktes stationieren wollte. Zu keinem anderen Zeitpunkt war ein Atomkrieg wahrscheinlicher. Die Krise endete mit dem sowjetischen Raketenrückzug.
Vietnam-Krieg	Vietnam-Krieg bezeichnet die militärischen Auseinandersetzungen in Indochina zwischen 1945 und 1975. Sie richteten sich zunächst gegen die Kolonialmacht Frankreich, führten seit 1954 zum Rückzug Frankreichs und zur Teilung des Landes in ein kommunistisch regiertes Nordvietnam (Hauptstadt: Hanoi) und eine Militärdiktatur in Südvietnam (Hauptstadt: Saigon). Die strikt antikommunistische Orientierung der USA führte ab 1964 zu einem z.T. massiven militärischen Engagement. Der Krieg endete 1975 mit dem Rückzug der USA und der Kapitulation Südvietnams. Trotz deutlicher militärischer Überlegenheit der USA gelang es den Amerikanern nicht, ein wirksames Konzept gegen die Guerillataktik des Vietkong zu entwickeln.
Entspannungspolitik	Als Entspannungspolitik bezeichnete man die seit etwa 1970 vermehrt einsetzende Abkehr vom Konfrontationskurs zwischen den westlichen Industrienationen und dem staatssozialistischen Ostblock. Die Ost-Westkonfrontation war wesentlich durch den Systemwiderspruch zwischen marktwirtschaftlichen Demokratien und den planwirtschaftlich orientierten Staaten bedingt. Sie war durch Wettrüsten und Stellvertreterkriege in vielen Regionen der Welt gekennzeichnet. Die militärischen Interventionen der Supermächte führten oftmals an die Schwelle einer globalen Katastrophe. Diese Jahrzehnte der Systemkonfrontation werden auch als „Ost-West-Konflikt“ oder „Kalter Krieg“ bezeichnet.
Ostverträge	Unter **Ostpolitik** versteht man die im Rahmen des Ost-West-Konflikts auf Ausgleich mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zielende Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, beginnend mit der Regierung Willy Brandt/Walter Scheel. In Deutschland wurde die Regierungszeit von Bundeskanzler Brandt von der Entspannungspolitik geprägt. Ab 1969 wurden von Brandt Gespräche und Verhandlungen zum Gewaltverzicht mit der UdSSR, Polen, der DDR und anderen Staa-

	ten des Warschauer Paktes geführt. Mit den Ostverträgen wurden die neuen Grenzen wie die Oder-Neiße-Grenze de facto anerkannt.
68er-Bewegung	Unter **68er-Bewegung** werden verschiedene, meist linksgerichtete, Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen zusammengefasst. Der Name bezieht sich auf das Jahr 1968, in dem einige der von diesen Bewegungen thematisierten Konflikte eskalierten, insbesondere in den USA in den Antikriegsdemonstrationen und den Folgen der Ermordung Martin Luther Kings, in Europa in diversen außerordentlichen zivilen Auseinandersetzungen. In Deutschland stand die Auseinandersetzung mit der Notstandsgesetzgebung und eine Universitätsreform im Vordergrund: Es bildete sich die APO (Außerparlamentarische Opposition) gegen die Politik der Großen Koalition von CDU und SPD (1966-69).
1972 Grundlagenvertrag	Die BRD und die DDR erkennen sich gegenseitig als gleichberechtigte Staaten an und verpflichten sich zu „gutnachbarlichen Beziehungen“. Unter anderem werden ein Gewaltverzicht, die Achtung der bestehenden Grenze und die Regelung praktischer und humanitärer Fragen vereinbart. Die Bundesrepublik hielt aber am Ziel der deutschen Einheit fest.
Reformpolitik in der UdSSR	Ab 1985 versuchte Michail Gorbatschow mit „**Glasnost**“ (Offenheit) und „**Perestroika**“ (Umbau, Umgestaltung) die massive, v.a. wirtschaftlich bedingte Krise im Land zu meistern und die Sowjetunion zu modernisieren. Ab 1989 vollzog sich als Folge davon ein weitgehend gewaltloser Umbruch im Ostblock in Richtung Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie. Trotzdem kam es zum Zerfall der Sowjetunion (Nachfolgestaaten u.a. Russland, Zkraine)
9.11.1989	**Öffnung der innerdeutschen Grenze**
3.10.1990	**„Tag der Deutschen Einheit”**
1992 Vertrag von Maastricht	wichtiger Meilenstein auf dem Weg der europäischen Einigung; Die damals 12 Mitgliedsstaaten der EG (Europäische Gemeinschaft) unterzeichneten den „Vertrag über die Europäische Union“ (EU-Vertrag). Vereinbart wurden u.a. eine Wirtschafts- und Währungsunion (u.a. Einführung des Euro), eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik.
Osterweiterung der EU	Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 war eine einmalige historische Chance und gleichzeitige eine enorme politische Herausforderung. Durch die Aufnahme weiterer 10 mittel- und osteuropäischer Staaten wird ein Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Teilung Europas geleistet. Zum 1. Mai 2004 waren Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern als Vollmitglieder aufgenommen worden. Mit der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 ist die EU auf 27 Staaten gewachsen.